

Die Gewerkschaften – progressive Akteure einer Nachhaltigkeitsrevolution?

von Klaus Dörre¹

Sprachen nach der großen Krise von 2007-2009 zumindest in der Bundesrepublik einige Anzeichen für ein Comeback der Gewerkschaften², trüben sich die Aussichten gegenwärtig wieder ein. Nach zehn Jahren wirtschaftlicher Prosperität schwächt sich die Konjunktur ab. Zwar existiert kein ehernes Gesetz, wonach ökonomische Konjunkturkrisen unweigerlich zu einer Schwächung gewerkschaftlicher Machtressourcen³ führen, doch punktgenau mit den ersten Anzeichen für eine Rezession formuliert der Arbeitgeberverband Gesamtmetall eine Kampfansage. Die IG Metall solle auf „Höchstbedingungen“ verzichten, Krisenbetrieben mehr Ausnahmeregelungen bieten und Tagesstreiks unterlassen. Geschehe das nicht, müsse die Gewerkschaft mit dem Ende des Branchentarifs rechnen: „[...] wenn alle Unternehmen die Tarifbindung verlassen, kann die Gewerkschaft zusehen, wie sie sich im Häuserkampf durchschlägt“⁴.

Man könnte das als Theaterdonner abtun und zur Tagesordnung übergehen, wäre da nicht eine Anhäufung von Problemen, die vielen gewerkschaftlich Aktiven in der Summe als kaum bewältigbar erscheint. Zum Auslaufen der Konjunktur gesellen sich strukturelle Veränderungen – die zweite Phase der Digitalisierung, Klimawandel, Ressourcenproblematik, wachsende Ungleichheit, Mitgliederverluste, erodierende Tarifbin-

dung und rechtspopulistische Orientierungen in Teilen der Mitgliedschaft. Hinzu kommen interner Generationswandel und die Neubesetzung von Führungspositionen. Die politische Generation der (Post-)Achtundsechziger tritt auch in den Gewerkschaften ab oder ist schon abgetreten, neue Führungspersonlichkeiten müssen sich bewähren. All das wird in einem sozialen Umfeld zu bewerkstelligen sein, das immer weniger bereit ist, formale Hierarchien und zentralistische Politikstile zu akzeptieren. Solch interne Veränderungen binden Kräfte. Sind die Gewerkschaften in einer solchen Situation überhaupt noch in der Lage, die im Gange befindlichen Veränderungen von Arbeitswelt und Gesellschaft zu meistern? Können sie wieder zu einer Kraft werden, die über eine bloße Verteidigung unmittelbarer sozioökonomischer Interessen von Lohnabhängigen hinaus emanzipatorische Anliegen zu fördern in der Lage ist? Oder werden sie immer mehr zum willigen Bestandteil einer großen Partei für Wirtschaft, Industrie und Arbeit, die dafür sorgen will, Besitzstände so lange wie möglich zu erhalten und deshalb wichtige Entscheidungen über gesellschaftliche Zukünfte auf die lange Bank schiebt?

Um es klar zu sagen: Eine Entscheidung über die politische Ausrichtung der Gewerkschaften ist – auch in Deutschland – noch nicht gefallen. Gegenwärtig bewegen sich die Mitgliedsorganisationen des DGB im weiten Spannungsfeld zwischen konservierender und transformierender Interessenpolitik. Die eine Tendenz führt in Richtung einer fraktalen Organisation, die den Anspruch einer Repräsentation aller Lohnabhängigen aufgibt, um nur noch die Partikularinteressen bestimmter Beschäftigtengruppen in einzelnen Branchen zu vertreten.⁵ Die Gegen-

1 Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der spw.

2 Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2013): Comeback der Gewerkschaften. Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt am Main/New York: Campus.

3 Gewerkschaftliche Interessenpolitik mit Machtressourcen in Verbindung zu bringen, ist inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Dabei setzt sich jedoch mehr und mehr durch, Machtressourcen auf ein formales Vierfelder-Schema zu begrenzen (strukturelle, organisationale, institutionelle und gesellschaftliche Macht), das über gewerkschaftliche Praktiken wenig aussagt. Mit dem Jenaer Machtressourcenansatz haben solch formale Heuristiken wenig gemein. Der Jenaer Ansatz beinhaltet ein kapitalismustheoretisches Fundament (Landnahme des Sozialen), empirisch fundierte Fallstudien in unterschiedlichen Sektoren sowie das methodologische Selbstverständnis einer organischen öffentlichen Soziologie. Vgl. dazu: Dörre, Klaus (2017): Gewerkschaften, Machtressourcen und öffentliche Soziologie. Ein Selbstversuch. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. 42 Jg., H. 2, S. 105-128.

4 Dulger, Rainer (2019): „Das war einfach zu viel für uns“. Interview in: Süddeutsche Zeitung vom 23. Juli 2019, S. 22.

5 Ich habe diese Tendenz bereits vor Jahren als möglichen Funktionswandel von Gewerkschaften beschrieben. Vgl. Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel von Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In: Haipeter, Thomas/Dörre, Klaus: Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 267-302. Das stillschweigende „Opfern“ von Leiharbeitern und befristet Beschäftigten während der großen Krise von 2008-2009 war Ausdruck einer solchen Tendenz; Die schroffe Ablehnung von

tendenz beinhaltet, dass sich Gewerkschaften wieder stärker als soziale Bewegung verstehen, die ihre Machtressourcen offensiv nutzt, Mitgliederpartizipation ausbaut und ihr politisches Mandat auch und gerade bei der Durchsetzung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele offensiv wahrnimmt. Für eine solche Tendenz gibt es ebenfalls Beispiele.⁶

Will man die progressive Richtung stärken, so müssen die Rahmenbedingungen, die thematischen Anknüpfungspunkte und vor allem die verfügbaren Machtressourcen von Lohnabhängigen genauer inspiziert werden, denn Fatalismus ist kaum weniger problematisch als ein Voluntarismus, der die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenpolitik deutlich überschätzt. Unter den Bedingungen einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, so meine These, können die Gewerkschaften eine progressive gesellschaftliche Rolle nur spielen, wenn sie sich zu Protagonisten einer Nachhaltigkeitsrevolution entwickeln. Ihre besondere Aufgabe besteht darin, ökologische Nachhaltigkeit durch einen Kampf auch und gerade für soziale Nachhaltigkeit zu befördern oder überhaupt erst möglich zu machen. Von der Ausübung einer solchen Rolle sind die realen Gewerkschaften gegenwärtig noch ein gutes Stück entfernt. Doch es gibt Ansätze, die hoffnungsvoll stimmen. Vor allem jedoch gilt, dass gesellschaftliche Mehrheiten für die dringend gebotene Nachhaltigkeitsrevolution ohne die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen kaum zu erreichen sind. Dieses Bewusstsein setzt sich allmählich auch bei Umweltverbänden und ökologischen Bewegungen durch, die für „koordinierte Politikansätze“⁷ werben. Zur Begründung dieser These skizziere ich die Herausforderungen der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, gehe auf gewerkschaftliche Machtressourcen ein und illustriere am Beispiel des Braunkohleausstiegs in der Lausitz Konsequenzen einer konservierenden Interessenpolitik, um abschließend einen Green New Deal vorzuschlagen, der realis-

tische Interessenpolitik mit der Idee und Praxis einer Nachhaltigkeitsrevolution verbindet.

1 Die ökonomisch-ökologische Zangenkrise erfasst das Wirtschafts- und Industriemodell

Der Begriff ökonomisch-ökologische Zangenkrise besagt, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung wirtschaftlicher Krisen im Kapitalismus, die Erzeugung von Wirtschaftswachstum nach den Kriterien des Bruttoinlandsprodukts (BIP), auf der Grundlage fossiler Energieträger sowie bei steigendem Ressourcen- und Energieverbrauch unweigerlich zu einer Kumulation ökologischer Großgefahren führt. Die Früchte des Wirtschaftswachstums werden innerhalb der nationalen Gesellschaften, aber auch zwischen kapitalistischen Zentren und (Semi)Peripherien nicht nur höchst ungleich verteilt, der vorherrschende Wachstumstyp, seine Produktions- und Lebensweisen erweisen sich zunehmend als ökologische Destruktivkräfte, die vor allem die alten kapitalistischen Hauptländer zu einer großen Transformation zwingen. Diese Transformation ist spätestens seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008-2009 im Gange, sie lässt sich nicht aufhalten. Für einen begrenzten Zeitraum ist es jedoch noch möglich, Weichen zu stellen, um die Richtung des Wandels zu beeinflussen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der alte industrielle Klassenkonflikt unwiderruflich in einen sozialökologischen Transformationskonflikt zu verwandeln beginnt. Präziser: Die reichen Gesellschaften des globalen Nordens werden von den Auseinandersetzungen, die an der ökologischen und der sozialen Frage aufbrechen, gleichsam in die Zange genommen. So sehen sich alle kapitalistischen Zentren mit wachsenden klassenspezifischen Ungleichheiten konfrontiert. Die Profite der Top-2000 unter den transnationalen Unternehmen und die Anteile von Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt entwickeln sich, wie der sogenannte „crocodile graph“ für die Jahre von 1995 bis 2005 belegt, umgekehrt proportional. Während die Gewinne der transnationalen Unternehmen seit der Jahrtausendwende bis 2013 mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 permanent gestiegen sind,

Sozialisierungsideen durch führende IGM-Betriebsräte kann als aktuelles Beispiel gewertet werden.

6 Vgl. dazu: Dörre, Klaus (2018): Neue Perspektive für Arbeitszeitverkürzung: Der Tarifabschluss der IG Metall. In: SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft Heft 226-2018, S. 74-77. Der Frauenstreik ist ein anders gelagertes, ermutigendes Beispiel, das wissenschaftlich noch gar nicht ausgeleuchtet ist.

7 Petschow, Ulrich et al. (2019): Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Kooperationen für die sozialökologische Transformation, MS: Berlin/Heidelberg.

befinden sich die Anteile der Lohneinkommen am BIP, die Krisenjahre ausgenommen, bis 2013 im Sinkflug. Seither steigen sie leicht, verharren aber auf relativ niedrigem Niveau.⁸ Die Gründe für diese Entwicklung hat der Internationale Währungsfonds mit technologischem Wandel, der Marktmacht großer Unternehmen und der anhaltenden Schwäche von Gewerkschaften präzise benannt.⁹

Zeitgleich mit der Zunahme sozialer Ungleichheit bricht sich aber auch die Erkenntnisbahn, dass ein „Aufschließen“ aller nationalen Ökonomien zu den Produktions- und Konsumptionsweisen der am stärksten entwickelten Industriegesellschaften [...] den Planeten unbewohnbar machen“ würde.¹⁰ Zwischen 1980 und 2016 haben sich die klimaschädlichen Emissionen weltweit verdoppelt.¹¹ Absolut gesunken sind die Emissionen letztmalig im Krisenjahr 2009, weil die industrielle Produktion eingebrochen war. Der Energieverbrauch ist absolut letztmalig in den 1980er Jahren zurückgegangen und auch die Ressourcenbilanzen tendieren gegenwärtig zu einer irreversiblen Schädigung nahezu geschlossener ökologischer Kreislaufsysteme. Ist all das seit langem bekannt, erlangt der ökologische Gesellschaftskonflikt eine neue Qualität, weil die Zeit für ein Gegensteuern knapp zu werden beginnt. Nach einer Studie des IPCC für ein 1,5-Grad-Erderwärmungsszenario benötigen wir bis spätestens 2050 vollständig dekarbonisierte Wirtschaftssysteme.¹² Selbiges zu realisieren ist gleichbedeutend mit Veränderungen, die in ihrem historischen Ausmaß mit jenen der ersten industriellen Revolution vergleichbar sind. Dies jedoch mit dem gravierenden Unterschied, dass es nunmehr um die Suche nach einem Notausstieg geht, der die gesellschaftszerstörenden Konsequenzen des

seither in Gang gesetzten raschen, permanenten Wirtschaftswachstums korrigieren muss.

Zugespitzt formuliert: Benötigt wird eine Nachhaltigkeitsrevolution. Künftig sind ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele daher ein Lackmustest gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Für diesen Lackmustest gibt es zwei einfache Kriterien. Erstens: Reduziert sich der ökologische Fußabdruck und sinken die Emissionen? Zweitens: Steigt – für jede und jeden frei zugänglich und auch für künftige Generationen – die Lebensqualität? Daran muss sich Nachhaltigkeit „messen lassen“¹³. Mit den Nachhaltigkeitszielen der UNO (Sustainable Development Goals/SDGs) gibt es – trotz aller berechtigten Kritik am Zustandekommen, dem Kompromisscharakter und der relativen Unverbindlichkeit dieser Ziele – gute Chancen, Nachhaltigkeitskriterien für gewerkschaftliche Politik zu operationalisieren. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich aus den Spannungen, die zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen bestehen können, Zielkonflikte ergeben, in denen sich die Gewerkschaften zu verorten haben. Die daraus resultierende Konfliktodynamik hat hierzulande inzwischen Schlüsselbranchen des Industrie- und Wirtschaftsmodells erreicht.¹⁴

Zunächst Vorreiter bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, haben die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen auch in Deutschland wieder zugenommen¹⁵. Hauptverursacher ist neben dem Energiesektor, den Gebäudeemissionen und der Landwirtschaft vor allem der Verkehr. Als einziger Wirtschaftssektor hat er bislang nichts zur Emissionsreduktion beigetragen. Die Emissionen der Fahrzeugflotten steigen. Europaweit verbindliche Dekarbonisierungsziele sorgen nun für Veränderungsdruck. In der neuen weltpolitischen Konstellation, die die Hy-

8 Gallagher, Kevin P./Kozul-Wright, Richard (2019): A New Multilateralism for Shared Prosperity. Geneva Principles for a Global Green New Deal, Genf: UNCTAD, S. 12.

9 International Monetary Fund (IMF) (2017). World Economic Outlook. Gaining Momentum. Washington: IMF Publication Services.

10 McCarthy, Thomas (2015). Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung. Berlin: Suhrkamp, S. 375.

11 Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 7.

12 IPCC (2018): Special Report. Global Warming of 1.5 ° C. Bonn: UN Climate Change. Andere Szenarien halten die verfügbaren Zeitbudgets für deutlich geringer. Die Rede ist von neun bis elf Jahren, um gegenzusteuern. Fridays for Future geht von einem solchen Szenario aus.

13 Grober, Ulrich (2013). Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. München: Verlag Antje Kunstmann, S. 269.

14 Die im deutschen Produktionsregime mit seiner dominanten Exportorientierung vernachlässigten sozialen Dienstleistungen (Pflege, Erziehung, Therapieberufe etc.) sind für eine sozialökologische Transformation von zentraler Bedeutung. Sie müssen auskömmlich finanziert und gesellschaftlich aufgewertet werden. Siehe dazu u. a. spw 231 (2019) Schwerpunkt „Solidarischer und moderner Wohlfahrtsstaat“.

15 Ausnahme war das Jahr 2018. Ein „Sommer der Dürre“ ermöglichte Einsparungen bei der Heizung und erhöhte wegen niedriger Wasserpegel der Flüsse und dadurch steigender Transportkosten die Benzinpreise, was wiederum zu geringerem Verbrauch führte.

perglobalisierung mit sich gebracht hat, sind die ökologischen Repulsionen des Automobilsektors Gegenstand imperialer Rivalitäten. Geplante Verbote für Verbrennungsmotoren in ökonomisch starken Ländern (England, Frankreich) und die beschleunigte Umstellung auf Elektro-Mobilität im wichtigsten Wachstumsmarkt China werden – gemeinsam mit der Digitalisierung und protektionistischen Handelspolitiken – zu einem weitreichenden Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil führen. Die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie geht schon zu ihrem Beginn schwerpunktmäßig zulasten der Beschäftigten. In den Belegschaften und bei einem Teil der Betriebsräte setzt dies verständlicherweise Beharrungskräfte frei. Je näher man an betroffene Belegschaften heranrückt, desto lauter werden Stimmen, die von Klimahysterie sprechen, um die Geschwindigkeit bei der Umsetzung ökologischer Nachhaltigkeitsziele zu drosseln. Wie bei radikalen Strukturbrüchen häufig der Fall, tendieren Sicherheitsinteressen von Beschäftigten zur Konservierung des Bestehenden.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. An Nachhaltigkeitszielen gemessen, ist die Umstellung auf Elektromobilität völlig unzureichend, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Benötigt werden völlig neue Mobilitätssysteme. Es geht um eine allmähliche Abkehr vom privaten PKW und den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, um einen vollständigen Bruch mit lange hegemonialen Verkehrskonzepten. Ohne die Rückkehr zu öffentlichem Eigentum, etwa bei der Bahn, ohne öffentliche und zugleich gerechtere Finanzierungen von Mobilität und eine an solchen zielen orientierte Industriepolitik dürfte eine nachhaltige Verkehrswende nicht zu haben sein. Mit Blick auf die Automobil- und Zulieferindustrie sprechen selbst Wirtschaftsvertreter deshalb nicht mehr nur über Transformation, sondern über Konversion, über alternative Produkte und Produktionen, Arbeits- und Lebensweisen.

2 Gewerkschaftliche Machtressourcen erodieren, sind aber zu erneuern

Welche Machtressourcen können die Gewerkschaften einsetzen, um Nachhaltigkeitsziele durchzusetzen? Auf den ersten Blick er-

scheint die Lage trostlos. Überall in Europa verlieren die Gewerkschaften nicht nur an Organisations-, sondern auch an institutioneller Macht. Ein genauerer Blick fördert eine große länderspezifische Varianz zutage. Während der gewerkschaftliche Netto-Organisationsgrad in Schweden noch bei etwa 67 Prozent liegt, ist er in vielen Ländern unter die 20-Prozent-Marke gesunken. In Frankreich beträgt er nur noch acht Prozent. Parallel dazu ist auch die Tarifbindung der Unternehmen in den meisten EU-Ländern rückläufig. Während in Österreich immerhin 98 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen mit Tarifbindung arbeiten, sind es in Griechenland nur noch 40 Prozent, in Ungarn 23 Prozent und in Polen nur noch 15 Prozent.¹⁶ Entscheidend ist jedoch die Gesamttendenz, die sich in den meisten EU-Staaten über viele Jahre hinweg in Richtung Desorganisation und Entkollektivierung der Arbeitsbeziehungen bewegt hat. Zugespitzt formuliert: Die organisierten Arbeitsbeziehungen erodieren. Nicht nur die gewerkschaftliche Organisationsmacht, auch die Repräsentationsfähigkeit der Wirtschaftsverbände sinkt, gleichzeitig nimmt die Bindekraft von Kollektivvereinbarungen und tariflichen Normen ab.

Deutschland stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt allenfalls noch bei 18 Prozent der abhängig Erwerbstätigen. Obwohl sich der Mitgliederbestand einiger Gewerkschaften (IG Metall, GEW, GdP) über einige Jahre hinweg wieder konsolidiert hat, schwindet der Organisationsanreiz auf der Kapital- bzw. auf der Arbeitgeberseite. Industrieverbände ermöglichen Unternehmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung. Das hat die Verbindlichkeit tariflicher Normen zusätzlich geschwächt. Die Prägekraft von Flächentarifverträgen und der Tarifbindung allgemein – ein wichtiger Indikator für institutionelle Lohnabhängigenmacht – hat in der gesamten Bundesrepublik seit den 1990er Jahren kontinuierlich abgenommen und ist in den ostdeutschen Bundesländern besonders schwach. 2017 arbeiteten 43 Prozent der Beschäftigten im Westen und 56 Prozent der Ost-

¹⁶ Lehndorff, St., Dribbusch, H., Schulten, T. (2018). In schwerer See. Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten. IAQ-Forschung 2018-05: Duisburg-Essen: IAQ.

Arbeitnehmer in Betrieben, in denen es keine Tarifbindung mehr gab.

Mit der Erosion des Flächentarifs geht dem dualen System der Interessenrepräsentation ein wichtiges Standbein verloren. Die alte Arbeitsteilung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften steht zur Disposition. Wo den Gewerkschaften oberhalb der Betriebs- und Unternehmensebene die Konfliktpartner fehlen, kann der „demokratische Klassenkampf“ (Ralf Dahrendorf) – gemeint sind nach den Regeln organisierter Arbeitsbeziehungen geführte und ausgehandelte Arbeitskonflikte und Tarifauseinandersetzungen – nicht mehr aus dem Betrieb ausgelagert werden. Teilweise sind die Tarifparteien gar nicht mehr handlungsmächtig und die Gewerkschaften benötigen, wie beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, den interventionistischen Staat, um überhaupt noch verbindliche soziale Regeln setzen zu können. Was wie ein geradliniger Niedergang organisierter Arbeitsbeziehungen wirken könnte, kann aber auch als Übergang zu einer neuen Konfliktformation interpretiert werden, in der neben betrieblicher Handlungsfähigkeit und Organisationsmacht vor allem gesellschaftliche Bündnisfähigkeit und Diskursmacht über die Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften entscheiden.¹⁷ Ist es unter solchen Bedingungen überhaupt sinnvoll und realistisch, die Erwartung zu formulieren, Gewerkschaften könnten zu Protagonisten einer sozialökologischen Nachhaltigkeitsrevolution werden? Laufen sie nicht vielmehr Gefahr, die letzten verbliebenen Hochburgen ihrer Organisationsmacht zu verlieren? Sind deshalb nicht zuallererst politische Bescheidenheit und Konzentration auf das tarifliche und arbeitspolitische Kerngeschäft in den Betrieben angesagt?

3 Gewerkschaftliche Politik kann konservierend oder transformativ ausgerichtet sein

Es wäre töricht zu bestreiten, dass solche Haltungen in den hauptamtlichen Apparaten der Gewerkschaften verbreitet sind. Von der Fülle unbewältigter Zukunftsaufgaben überwältigt,

erscheint Selbstbeschränkung auch vielen Mitgliedern der gewerkschaftlichen Führungsgruppen als einzig realistische Strategie. Bestärkt werden sie von Teilen der Mitgliedschaft. Was ökologisch zwingend geboten ist, löst bei vielen Beschäftigten in den Kohlenbranchen, die sich mit neuer Unsicherheit konfrontiert sehen, Ängste und Abwehrreaktionen aus. Was das bedeutet, lässt sich anhand der Auseinandersetzungen in den deutschen Braunkohlerevieren exemplarisch verdeutlichen.¹⁸

Kohleausstieg und konservierende Interessenpolitik im Lausitzer Revier

Von uns befragte Beschäftigte im Lausitzer Braunkohlerevier erzählen nahezu ausnahmslos eine Tiefengeschichte, die sich für sie subjektiv anfühlt, als sei sie die eigentliche Wahrheit. Danach haben die Braunkohle und das Unternehmen LEAG (Braunkohleförderung und -verstromung) für die Region eine herausragende Bedeutung. Von den „leuchtturmartigen“ Arbeitsbedingungen und dem vergleichsweise hohen Lohnniveau über die guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und die Abhängigkeit nicht nur der Zulieferbetriebe, sondern auch von Handwerk und Dienstleistungen, bis hin zur Förderung des kulturellen Lebens und der Bedeutung für die kommunalen Finanzen ist in der Lausitz vieles mit der LEAG verbunden. Deshalb können sich die Beschäftigten, ihre Familien und Freunde eine positive Zukunft jenseits der Braunkohle kaum vorstellen. Der – ökologisch notwendige und politisch beschlossene – Ausstieg aus der Braunkohleförderung wird deshalb als Bedrohung der eigenen Zukunft und als Verlust an Kontrolle über den eigenen Lebenszusammenhang wahrgenommen. Nichts fürchten die Befragten mehr als eine zweite Wende. Darin werden sie durch eine Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik bestärkt, die alles daran setzt, den Kohleausstieg so lange wie möglich hinauszuzögern. Im Resultat entsteht eine Wagnis-Mentalität der LEAG-Belegschaft. Zur

¹⁷ Vgl.: Dörre, Klaus (2017): Vor neuen Herausforderungen – Gewerkschaften in fragmentierten Arbeitsbeziehungen. In: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Heft Nr. 222 5/2017.

¹⁸ Bose, Sophie/ Dörre, Klaus/Köster, Jakob/ Lütten, John/ Dörre, Nelson/ Szauer, Armin (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, S. 89-112. Gegenwärtig befragen wir in einer zweiten Studie Repräsentanten des Widerstandes gegen die Braunkohleförderung.

unsicheren Zukunftsperspektive gesellt sich das Gefühl kollektiver Abwertung: „In DDR-Zeiten, da waren wir die Helden der Nation[...] Und jetzt sind wir die Deppen oder die Bösewichte der Nation, weil wir mussten uns ja schon beschimpfen lassen als Nazis, als Mörder, als Umwelt-Verpester und ich weiß nicht, was alles! [...] Und das schmerzt.“ (LEAG-Beschäftigter).

Aus Sicht mancher Braunkohlegegner handelt es sich bei dieser Tiefengeschichte um eine von Unternehmen und IG BCE geschickt inszenierte Erzählung, die dazu beitragen soll, den Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung so lange wie möglich hinauszuzögern. Über viele Jahre hinweg habe sich die mediale Öffentlichkeit nahezu ausschließlich an der Braunkohle orientiert. Deren wirtschaftliche Bedeutung für die Region werde dramatisch überzeichnet. Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels seien große Verwerfungen am Arbeitsmarkt kaum zu erwarten. Technisch lasse sich die Einstellung der Braunkohleförderung und -verstromung durchaus rasch realisieren.

Bei allem, was an dieser Gegenerzählung zweifellos zutreffen mag, stoßen wir in gewisser Weise aber auch im Lager der Braunkohlegegner auf Wagenburgmentalitäten. Gespräche zwischen Braunkohlegegnern und LEAG-Beschäftigten seien sinnlos, weil jeder produktive Ansatz ohnehin von der Presseabteilung des Unternehmens und der IG BCE „kaputt gemacht“ werde, erklärt ein Protagonist des Widerstandes gegen die Braunkohleförderung im Interview.

Als Folge dieser wechselseitigen Abschottungstendenzen verselbstständigen sich ökologische und soziale bzw. beschäftigungspolitische Konfliktachsen gegeneinander. Braunkohlegegner, die sich in allen demokratischen Parteien finden, setzen darauf, dass mit neuen politischen Mehrheiten (Regierungsbeteiligung der Grünen) ein Ende der Braunkohleförderung schon 2030 möglich werden könnte. Umgekehrt drohen Teile der LEAG-Belegschaft, der „Klimahysterie“ mit Hilfe der AfD begegnen zu wollen: „Ich bin zum ersten Mal fast vor der Entscheidung zu sagen: Ich gehe nicht wählen. Wen soll ich denn wählen? Aus Protest müsste ich AfD wählen. Das sehen viele so. Das haben sie geschafft, die haben die Mitte der

Gesellschaft dahin gedrückt. Weil die Mitte der Gesellschaft denkt eben: Ich gehe auf Arbeit, um meine Familie durchzubringen, und hier weiß ich, dass dieses Kraftwerk jeden Tag gebraucht wird“ (Beschäftigter aus dem Kraftwerk Jänschwalde).

Die Verfestigung solcher Haltungen ist sowohl das Ergebnis von konservierenden Interessenpolitiken, die vor allem auf den Erhalt des Status quo gerichtet sind, als auch Resultat eines Feindbildes von Minderheiten in den ökologischen Bewegungen, die Beschäftigte in den Braunkohlerevieren im Kampf um ökologische Nachhaltigkeit pauschal als Gegner qualifizieren. Doch so verständlich das Interesse an Beschäftigungssicherung und vor allem am Erhalt des erreichten Lebensniveaus auf Seiten der LEAG-Belegschaften auch sein mag – konservierende Interessenpolitik schmälert letztendlich die Zukunftschancen der Beschäftigten. Wie eine Minderheit von Befragten aus der LEAG durchaus einräumt, hat das Unternehmen die Chance verpasst, frühzeitig auf die Karte erneuerbarer Energien zu setzen. Das rächt sich nun in Gestalt eines bevorstehenden radikalen Strukturbruchs. Umgekehrt muss sich das Lager der Braunkohlegegner fragen lassen, ob sie den Betroffenen tatsächlich eine Aussicht auf Alternativen bieten können, die nicht mit monetären Einbußen, Status- und Anerkennungsverlusten verbunden sind. Wechselseitige Abschottungen der Lager tragen hingegen dazu bei, dass die politische Suche nach einem klimaschützenden Notausgang zusätzlich erschwert wird. Für nicht wenige LEAG-Beschäftigte und deren sozialen Netzwerke erscheint stattdessen die Wahl der AfD als Notwehrakt, um der angeblichen Klimahysterie Grenzen zu setzen.¹⁹

4 Für einen globalen Green New Deal

Was sich in den Braunkohlerevieren in einer geschrumpften Branche abspielt, könnte sich in

¹⁹ Das Ende der Braunkohle ist gewiss nicht der einzige Grund für Wahlerfolge der AfD. Es gibt jedoch Daten, die nachdenklich stimmen. In der Lausitz hat die AfD deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt. In Brandenburg wählten sage und schreibe 44 Prozent der Arbeiter AfD, in Sachsen 35 Prozent. Die AfD wird vor allem von Männern gewählt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern entsprach das AfD-Ergebnis in Brandenburg und in Sachsen in etwa dem Durchschnitt. Markant sind aber die Geschlechterunterschiede. 34,1 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder wählten AfD; die radikale Rechte ist in dieser Gruppe stärkste Kraft (Forschungsgruppe Wahlen Mannheim; DGB 2019. Vgl. auch: Kahrs, Horst: Die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg und zum 7. sächsischen Landtag. MS: Berlin 2019).

weit größerem Ausmaß und mit einer gleichsam unkalkulierbaren Dynamik im Wertschöpfungssystem Automobil wiederholen. Das wäre fatal, denn das Beispiel Braunkohle lehrt, dass eine Interessenpolitik, die sich auf die betriebliche und Unternehmensebene konzentriert und Organisationsmacht vor allem einsetzt, um partikulare Beschäftigteninteressen zu wahren, gesellschaftlich rasch an Akzeptanz verlieren kann. Die LEAG-Beschäftigten bringen eine solche Entwicklung unbeabsichtigt auf den Punkt, wenn sie kritisieren, dass sich schon wenige Kilometer von ihrem Revier entfernt niemand mehr für ihre Belange interessiert. Eine weitsichtige, transformierende Interessenpolitik, mit der sich die Gewerkschaften zu Hauptakteuren bei der Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Klimagerechtigkeit machen, könnte einem Verlust an Zukunftsfähigkeit entgegenwirken. An dieser Stelle ist es unmöglich, das dafür nötige Programm umfassend darzustellen. Ich beschränke mich deshalb auf vier wichtige Punkte.

Erstens sollten sich die Gewerkschaften in ihren Organisationsbereichen an einer neuen Aufklärung beteiligen, die – ohne in apokalyptische Klagen zu verfallen – die Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution offensiv begründet. Dabei ist es wichtig, dass gewerkschaftliche Interessenpolitik die von Umweltverbänden und Klimaaktivisten häufig unterschätzte soziale Dimension des ökologischen Gesellschaftskonflikts stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein rückt. Nehmen wir das Beispiel Klimawandel. Während die reichsten zehn Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung, die sich im Übrigen auf allen Kontinenten finden, 49 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verursachen, emittiert die untere Hälfte gerade einmal drei Prozent.²⁰ Seit der Jahrtausendwende geht die Steigerung klimaschädlicher Emissionen nahezu ausschließlich auf das Konto von Luxuskonsum und entsprechenden Lebensstilen. Beim Ressourcenverbrauch verhält es sich ähnlich. Der ökologische Fußabdruck eines Vermögenden aus dem obersten einen Prozent der Weltbevölkerung übertrifft den eines Angehörigen der ärmsten zehn Prozent durchschnittlich um das

175-fache. Die Eindämmung des Klimawandels und die Abkehr von extensiver Ressourcennutzung werden daher ohne materielle Umverteilung von den reichen zu den armen Ländern und von den Privilegierten zu den verwundbarsten Klassenfraktionen nicht zu realisieren sein. Zugespitzt formuliert: Auch in den reichen Ländern geht es nicht um allgemeinen Verzicht. Es ist keineswegs erforderlich, der Putzfrau die Mallorca-Reise und dem Daimler-Arbeiter das Häuschen zu nehmen oder gar dem Hartz-IV-Bezieher den Regelsatz zu beschneiden. Wer den Gürtel enger schnallen soll, muss erwarten können, dass dergleichen auch von der wachsenden Gruppe der Reichen und Superreichen verlangt wird – eingeschlossen Milliardäre vom Typus Roman Arkadjewitsch Abramowitsch, Besitzer einer 162,5-Meter Yacht mit eingebautem Raketenwerfer und einem Mini-U-Boot bestückt.²¹

Dies bedeutet *zweitens*, dass Gewerkschaften Politiken, die dem Klimawandel in erster Linie oder gar ausschließlich mit marktkonformen Mitteln (CO₂-Bepreisung, Emissionshandel) zu Leibe rücken wollen, äußerst kritisch begegnen sollten.²² Wahrscheinlich führt kurzfristig an einer CO₂-Steuer kein Weg vorbei. Auch Fridays for Future fordert die rasche Einführung einer solchen Steuer. Doch auch wenn diese Abgabe mit Ausgleichszahlungen verbunden ist, handelt es sich weder um eine ökologisch zureichende, noch um eine sozial nachhaltige Maßnahme. Die Schweiz hat bereits beides – eine CO₂-Steuer und einen sozialen Ausgleich. Nachhaltig sind das Wirtschaftsmodell und die Lebensweisen des Landes dennoch nicht. Der ökologische Fußabdruck der Schweiz bewegt sich auf dem Niveau von drei Planeten und die Emissionen lassen Schülerbewegungen nach einem Klimanotstand rufen.

Generell gilt, dass die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeitsziele die Preise z. B. für Naturressourcen und Lebensmittel in die Höhe treiben wird. Schon deshalb sind Plädoyers zu-

20 Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 22

21 Pinzler, Petra (2019): Darauf ein Gläschen CO₂. In: Die Zeit vom 18.07.2019, Den Hinweis verdanke ich Hans-Jürgen Urban.

22 Das gilt gerade auch für die Arbeitgeberpositionen. Gesamtmetall plädiert bezeichnenderweise für wettbewerbskonforme Lösungen und „nicht: hier eine staatliche Maßnahme und dort eine andere“ (vgl. Dulger 2019). Folgerichtig wird der soziale Ausgleich bei der Durchsetzung von Klimazielen gegen die Abkehr von Hartz IV ausgespielt.

gunsten einer ökologischen Austerität, die Gewerkschaften zur Mäßigung bei Löhnen und Einkommen mahnt²³, schlicht kontraproduktiv. Unter kapitalistischen Bedingungen würden sie allenfalls eine Steigerung der Unternehmensgewinne bewirken, das Ungerechtigkeitsempfinden bei großen Teilen der Lohnabhängigen steigern und Beschäftigte wie im Falle der Braunkohle der radikalen Rechten in die Hände treiben. Das Gegenteil ist richtig. Löhne und Einkommen eines Großteils der Lohnabhängigen müssen steigen, damit z.B. faire Preise für Ressourcen oder Lebensmittel aus ökologischem Anbau für große Mehrheiten bezahlbar bleiben oder überhaupt bezahlbar werden. Gute, ökologisch nachhaltige Arbeitsbedingungen entlang von Wertschöpfungsketten und in den Ländern des Südens sind leichter durchzusetzen, wenn Schmutzkonzurrenz aus dem Norden unterbunden wird. Nötig sind deshalb – national wie international – Löhne zum Leben, die deutlich oberhalb der Niedriglohngrenze liegen.²⁴ Da fraglich ist, ob die Gewerkschaften noch genügend Kraft haben, solche Löhne durchzusetzen, benötigt Einkommensgerechtigkeit Unterstützung aus Politik und Zivilgesellschaft. Kommissionen, die unter wissenschaftlicher Beteiligung regionale Standards für living wages ermitteln sowie eine Stiftung mit Gütesiegel für beteiligte Unternehmen, die nach britischem Vorbild agiert, könnten Schritte in diese Richtung sein. Dass sich Löhne zum Leben mit qualitativen Forderungen nach guter Arbeit und Arbeitszeitverkürzung verbinden lassen, liegt auf der Hand, denn je besser die Einkommen sind, desto wichtiger werden auch subjektiv Zeitwohlstand und gute Arbeitsbedingungen.²⁵

In diesem Zusammenhang sollten die Gewerkschaften *drittens* aber auch deutlich machen, dass es angesichts der dringend erforderlichen Nachhaltigkeitsrevolution keine bloße Rückkehr zu klassischer wohlfahrtsstaatlicher Umverteilungspolitik geben kann. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Unternehmen. Um es zugespitzt zu formulieren: Besser als auf das Fahren von SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit benötigt Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsdemokratie ist mehr als Mitbestimmung. Sie muss alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Produktionsentscheidungen beteiligen. Der Ökonom Atkinson schlägt deshalb die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten vor, die aber nicht mehr nur mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften besetzt sein sollen, sondern zivilgesellschaftliche Akteure wie Umweltverbände, ökologische Bewegungen, Fraueninitiativen etc. einbeziehen, um ein annäherndes Kräftegleichgewicht überhaupt erst wiederherzustellen. Eine Aufgabe solcher Räte könnte es sein, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu überwachen, die Produktion langlebiger Güter zu fordern und neue Formen eines kollektiven Selbsteigentums etwa in Genossenschaften zu erproben, die vom Gewinnmotiv als Hauptzweck abgekoppelt sind.

Eine solche Politik ließe sich *viertens* fördern, indem ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele Verfassungsrang erhalten. Sie müssen im Grundgesetz, in den Länderverfassungen und in der europäischen Grundrechtscharta verankert werden. Und sie sollten auch Eingang in das Arbeitsrecht, die Betriebs- und Unternehmensverfassung und möglichst in Tarifverträge finden. Durch eine Verankerung von Nachhaltigkeitszielen in Artikel 13 (2), GG würde die Sozialbindung des Eigentums erweitert. Wirtschaftsakteure, die das Nachhaltigkeitsgebot missachten, hätten mit Enteignung, vor allem

23 Auf solche Stimmen sind wir beispielsweise im Lager der Braunkohlegegner immer wieder gestoßen. Einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft habe bereits in den 1950er Jahren von einer Sättigung des Konsums gesprochen, lautet eines der Argumente für Verzicht.

24 Living wages sollen es erlauben, Ansprüche an Kultur und Bildung zu verwirklichen. Sie stellen eine arbeitgeberseitige Selbstverpflichtung dar, keinen rechtlichen Anspruch. Dennoch gewinnen sie z. B. in Großbritannien seit Jahren an Bedeutung. Regionale Kommissionen könnten ermitteln, wie solche Löhne vor Ort zu gestalten sind. In Großbritannien liegt der living wage 23 Prozent (in London 40 Prozent) über dem gesetzlichen Mindestlohn. Regionale Kommissionen könnten Unternehmen auch über Zertifizierungen („living wage employer“) für solche Löhne gewinnen. Vgl. G.I.B.-Info 2_18, S. 76-105.

25 Viele anregende Ideen für die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt finden sich in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2018): Gute Arbeit Ausgabe 2018: Ökologie der Arbeit - Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt am Main: Bund Verlag.

aber mit der Umverteilung und Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu rechnen. Auf diese Weise entstünden Institutionen einer transformativen Demokratie, die wirtschaftliche Strukturen einschließen. Ihre Einführung ließe bewusst Spielraum für die Erprobung nicht- und nachkapitalistischer Wirtschaftsweisen. Sie würde eine Abkehr vom BIP als herausragender wirtschaftlicher Steuerungsgröße und deren Ersetzung durch Entwicklungsindikatoren befördern, die ökologische Schäden des Wirtschaftswachstums transparent machen. Die Nachhaltigkeitsrevolution wäre damit noch lange nicht Wirklichkeit, es gäbe aber zusätzliche rechtliche und institutionelle Spielräume, die faktisch auf eine Erweiterung auch von gesellschaftlicher Lohnabhängigenmacht hinausliefen.²⁶

Dergleichen ist gegenwärtig Zukunftsmusik. Für die IG Metall ist es schon ein Fortschritt, dass sie nicht mehr für eine Korrektur europäischer Emissionsziele nach unten eintritt. Der Aufruf des ver.di-Vorsitzenden Bsirske an die Mitglieder seiner Organisation, sich mit eigenen Aktionen am Klimastreik zu beteiligen, den u.a. Fridays for Future vorschlägt, geht einen deutlichen Schritt weiter. Noch besser wäre es freilich, wenn in Sachen Klimawandel und Klimagerechtigkeit möglichst rasch Streikfähigkeit hergestellt würde. Dazu bedarf es eines political organising, wie es beispielsweise Jane McAlevey erprobt und in mehreren Büchern beschrieben hat.²⁷ Streiks für Klimagerechtigkeit könnten zu einem wichtigen Mittel werden, um Nachhaltigkeitsziele in Unternehmen und Gesellschaft durchzusetzen. Ein Green New Deal, wie er von der UNCTAD oder den Democratic Socialists in den USA vorgeschlagen wird, bietet auch den deutschen Gewerkschaften ein Anregungspotential, das sie nutzen sollten. So fordern Ocasio-Cortez und Verbündete eine rasche, radikale Dekarbonisierung der Wirtschaft, verbunden mit Job- und Sicherheitsgarantien für Beschäftigte aus den Karbon-Branchen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Verlangt werden nicht schlecht bezahlte

Bullshit-Jobs sondern gesellschaftlich sinnvolle Arbeitstätigkeiten, die gut bezahlt sind und ohne Statusverlust ausgeübt werden können. Noch scheuen die deutschen Gewerkschaften vor solchen Forderungen zurück²⁸, weil, so heißt es, entsprechende Garantien im Kapitalismus nicht zu realisieren seien. Macht aber nicht gerade dieser utopische Überschuss, die implizite Thematisierung der Grenzen eines auf „Besitzakkumulation“ (Hannah Arendt) beruhenden expansiven Gesellschaftssystems, das letztendlich nicht nachhaltig sein kann, den eigentlichen Reiz solcher Forderungen überhaupt erst aus? Durchsetzen lässt sich ein Green New Deal nur in neuen Bündiskonstellationen, durch Ausbau von Bündnisbeziehungen zu ökologischen und Klimaschutz-Bewegungen wie Fridays for Future oder auch Extinction Rebellion, also mittels Ausbaus gesellschaftlicher und diskursiver Machtressourcen von Gewerkschaften. Wird dieser Weg konsequent beschritten, kann er, ähnlich wie etwa im Gefolge der 1968er-Bewegungen, zur Stärkung von Organisationsmacht beitragen. Konfliktfähige Gewerkschaften haben solch belebende Impulse aus den Klimaschutzbewegungen jedenfalls bitter nötig; aber auch die Umwelt- und Klimabewegungen würden profitieren, wenn sie soziale Nachhaltigkeit stärker als bisher zum ureigenen Thema machen könnten.²⁹ ■

26 In einer studentischen Vollversammlung in Leipzig zur Gründung von Students for Future, an der mehr als 1.500 Studierende teilnahmen, stießen entsprechende Vorschläge auf tosenden Applaus.

27 McAlevey, Jane (2019): *A Collective Bargain. Unions, Organizing and the Fight for Democracy*. New York: HarperCollins.

28 Die IG Metall, schlägt stattdessen Langzeitkurzarbeit als Mittel der Wahl vor, um Strukturbrüche abzufedern.

29 In Teilen dieser Bewegungen können ökologisch engagierte Gewerkschaften schon jetzt mit Sympathie rechnen. Den größten Beifall auf der schon erwähnten Leipziger Vollversammlung erhielt ein Betriebsrat der öffentlichen Verkehrsbetriebe, der seine Zustimmung zu einem ermäßigten Ticket für den öffentlichen Nahverkehr mit dem Hinweis verband, dass dies nicht zulasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gehen dürfe. Er lud die Studierenden deshalb ein, die Gewerkschaft ver.di in der kommenden Tarifrunde zu unterstützen.